

XXIV. GP.-NR

2425 /J

ANFRAGE

16. Juni 2009

der Abgeordneten Kitzmüller
und weiterer Abgeordneten
an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
betreffend das „Gender Budgeting“ in Österreich

Bezugnehmend auf die parlamentarische Anfrage, der Abgeordneten Maria Roth-Bernasconi (Conseillère nationale Canton: Genève) mit dem Betreff *„Geld ist geruchlos. Wirklich?“* welcher als Ziel hatte dass der Bund endlich alle seine Zahlungen «geschlechterspezifisch aufgeschlüsselt» zu präsentieren habe, und deren ausgelöste Diskussion in den Schweizer Medien stellt eine interessante Grundlage für alle weiteren politischen Vorstöße in diesem Bereich.

Die Anfrage lautet wie folgt:

„Der dritte Schweizer Staatenbericht der Cedaw (UN-Frauenrechtskonvention) hält fest, dass in Bezug auf das Gender Budgeting nur gerade wenige Kantone, einzelne Städte und ein paar Bundesstellen (rudimentäre) Versuche mit diesem Konzept lanciert haben. Die Projekte gingen zudem nicht über die reine Analyse hinaus. Der Schattenbericht zum dritten Staatenbericht der Cedaw formuliert dazu folgende Empfehlung:

Vor dem Hintergrund der allgegenwärtigen Sparmaßnahmen sollen Staatsausgaben und Budgets auf allen politischen Ebenen geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselt werden, damit geschlechtsspezifische Auswirkungen von Sparmaßnahmen auf Frauen (einschließlich der Auswirkungen auf Gratisarbeit von Frauen) sichtbar und (weitere) Benachteiligungen von Frauen verhindert werden können. Der Kanton Basel-Stadt leistet diesbezüglich, wie im Staatenbericht richtig erwähnt, Pionierarbeit. Wie gedenkt der Bundesrat mit dieser Empfehlung umzugehen, und wann wird der Bericht des Bundesrates zur fallweisen Überprüfung frauenspezifischer Anliegen im Budget erscheinen, wie ihn das Postulat Goll, "Öffentliche Finanzen. Frauenverträglichkeitsprüfung", einfordert?“

Die Weltwoche titelte darauf hin in Ihrer Ausgabe:

„Ein feminines Eigentor“; Dienstag, 08. Juli 2008

© Die Weltwoche; 19.06.2008; Nummer 25; Seite 32

„Der Staat ist ein tägliches 50-Millionen-Franken-Geschäft für die Frauen. Das machen sozialdemokratische Politikerinnen nun transparent, unfreiwillig allerdings...

Etwas zu laut hat SP-Nationalrätin Roth-Bernasconi darum proklamiert: «17 Jahre nach dem großen Frauenstreik in der Schweiz ist es Zeit, in der Frage der Verteilung von Macht und Geld klare Fakten auf den Tisch zu legen.» Die Antwort lautet nämlich: Der Geldtransfer von den Männern zu den Frauen, organisiert über eine

Vielzahl von Kassen und Gesetzen, beträgt derzeit zwischen 15 und 20 Milliarden Franken, jährlich.

Die AHV, das wichtigste Sozialwerk der Schweiz, schüttete im Jahr 2006, dem jüngsten mit Detailzahlen, Beiträge im Umfang von knapp 31 Milliarden Franken aus: ordentliche Renten, Zusatzrenten, Kinderrenten, Witwen- und Witwerrenten, Waisenrenten. Die Statistik zeigt, dass mit jeder Überweisung, Monat für Monat, den Männern 1,031 Milliarden Franken zufließen, den Frauen hingegen 1,619 Milliarden. Nur bei den Kinder- und Waisenrenten kassierten die Männer etwas mehr. Insgesamt bezogen die Frauen jedoch mit jeder Monatsranche satte 588 Millionen Franken mehr aus dem Rententopf, pro Jahr also über 7 Milliarden Franken. Die Hauptgründe für diese beachtliche Differenz sind die frühere Pensionierung der Frau (64 Jahre) und ihr längeres Leben...

Für die AHV heißt dies, dass die Frauen derzeit pro Jahr weniger als 10 Milliarden Franken einzahlen und gleichwohl 19,4 Milliarden Franken herausziehen. Der Unterschied ist groß und macht ziemlich genau 10 Milliarden Franken aus, jährlich.... Der misstrauisch betrachtete Staat ist eine Einrichtung zur Förderung der Frauen."

Eine Antwort auf diesen Artikel gab es von Fr. Beatrice Schlag mittels eines „Essays“ welcher den Titel „Abzocken statt sterben“ trägt.

„Bei der Umverteilung von AHV und Krankheitsentschädigung gewinnen die Frauen. Sie als Profiteurinnen zu bezeichnen, ist allerdings ein krasses Missverständnis. Für das Geld, das Männer mehr bezahlen, leisten Frauen eine Menge Gratisarbeit, um die sich kein Mann reisst. Von Beatrice Schlag


Der Staat, stand in der vorletzten Ausgabe der Weltwoche, sei für Schweizerinnen ein tägliches 50-Millionen-Franken-Geschäft. Das klingt nach Frauenparadies oder nach schreiender Ungerechtigkeit, je nach Blickwinkel. ..."

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz folgende

Anfrage

1. Existieren in Ihrem Ressort Studien zur geschlechterspezifischen Aufschlüsselung des Budgets?
2. Wenn ja, welche?
3. Wenn ja, in welchen Jahren wurden diese durchgeführt?
4. Wenn ja, von wem wurden diese durchgeführt und wie hoch waren die Kosten dieser Studien in den Jahren 2005/2006/2007/2008?

5. Wenn ja, zu welchem Ergebnis führten diese?
6. Wenn ja, welche Aspekte wurden dabei berücksichtigt?
7. Wenn nein, warum nicht und wurde schon einmal in Erwägung gezogen solche durchzuführen?
8. Welche Kosten werden in Ihrem Ministerium durch Maßnahmen zur Verhinderung von Benachteiligungen von Frauen in den Jahren 2005/2006/2007/2008 verursacht?
9. Gibt es Statistiken zu diesem Thema?
10. Wenn ja, welche?
11. Wenn ja, von wem wurden diese durchgeführt und wie hoch waren die Kosten in den Jahren 2005/2006/2007/2008?
12. Wie, von wem und nach welchen Kriterien werden solche Maßnahmen beschlossen?
13. Welche Instanz trägt die letzte Entscheidung über solche Geldvergaben?
14. Welche Kosten werden in Ihrem Ministerium durch „Frauenverträglichkeitsprüfungen“ verursacht?
15. Gibt es Statistiken zu diesem Thema?
16. Wenn ja, welche?
17. Wenn ja, von wem wurden diese durchgeführt und wie hoch waren die Kosten in den Jahren 2005/2006/2007/2008?
18. Sind sogenannte „Frauenverträglichkeitsprüfungen“ zukünftig in Ihrem Ministerium geplant?
19. Existieren spezielle Frauenförderungsmaßnahmen in Ihrem Ministerium?
20. Wenn ja, welche?
21. Wenn ja, und wie hoch waren die Kosten in den Jahren 2005/2006/2007/2008?
22. Wenn nein, warum nicht und wurde schon einmal in Erwägung gezogen solche durchzuführen?
23. Welche Frauenförderungsmaßnahmen zukünftig in Ihrem Ministerium geplant?



Wien am
16. JUNI 2009
FT